

Niederschrift über die 35. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.07.2018, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Bürgermeister Heinz Öhmann	Bürgermeister	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Richard Bolwerk	CDU	
Frau Elisabeth Borgert	FDP	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Dieter Goerke	AfC/FAMILIE	Vertretung für Herrn Peter Sokol
Herr Norbert Hagemann	CDU	
Herr Uwe Hesse	Pro Coesfeld	
Herr Bernhard Lammerding	CDU	Vertretung für Herrn Thomas Michels
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	Vertretung für Herrn Günter Hallay
Herr Horst Schürhoff	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	
Herr Klaus Volmer	FBL 20	
Herr Guido Brebaum	FBL 32	
Herr Benno Eink	FB 10	
Gäste		
Herr Dr. Jürgen Grüner	Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH	anwesend bis TOP 7 öS, 19:24 Uhr
Herr Jochen Wilms	Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH	anwesend bis TOP 7 öS, 19:24 Uhr

Schriftführung: Herr Benno Eink

Herr Bürgermeister Heinz Öhmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 19:50 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Anregung gemäß § 24 GO NRW auf Reaktivierung der Bahnstrecke Gescher - Coesfeld unter Beteiligung der Stadt und des Rates der Stadt Coesfeld
Vorlage: 143/2018
- 3 Anregung gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Freilauffläche für Hunde
Vorlage: 148/2018
- 4 Zustimmung zur Leistung von über-/außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW
Vorlage: 124/2018
- 5 Beitritt zur KoPart eG
Vorlage: 091/2018
- 6 Breitbandausbau in Coesfeld als Teil der Digitalstrategie
Vorlage: 106/2018
- 7 Auflösung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Kommunen Billerbeck und Rosendahl zur Fröbelschule
Vorlage: 095/2018
- 8 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsgrundschule der Stadt Coesfeld
Vorlage: 118/2018
- 9 Offene Ganztagsgrundschule; Weiterleitung des erhöhten Landeszuschusses an die Maßnahmeträger sowie Einführung einer sog. Ganztagsklasse als Pilotprojekt an der Lambertischule zum Schuljahr 2019/20
Vorlage: 122/2018
- 10 Ausstattung des Neubaus der Kindertageseinrichtung Familienzentrum Liebfrauen zum Kindergartenjahr 2018/19
Vorlage: 134/2018
- 11 Planung Moscheegebäude des Türkisch-Islamischen Kulturvereins
Vorlage: 136/2018
- 12 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 Verpflichtungserklärung gegenüber der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe
Vorlage: 147/2018
- 3 Kauf einer Immobilie für die Umsetzung des Parkraumkonzeptes an der Münsterstraße
Vorlage: 127/2018

- 4 Kauf einer Immobilie für die Umsetzung des Parkraumkonzeptes an der Münsterstraße
Vorlage: 135/2018
- 5 Parkplatz Davidstraße
Vorlage: 104/2018
- 6 Verkauf eines Grundstücks
Vorlage: 099/2018
- 7 Tauschregelungen
Vorlage: 110/2018
- 8 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung besteht Einvernehmen, den Tagesordnungspunkt (TOP) 4 der nichtöffentlichen Sitzung - „Kauf einer Immobilie für die Umsetzung des Parkraumkonzeptes an der Münsterstraße“ - abzusetzen.

Herr Öhmann begrüßt Herrn Dr. Jürgen Grüner (Geschäftsführer der wfc Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld) sowie Herrn Jochen Wilms (Breitbandkoordinator für den Kreis Coesfeld bei der wfc), die zum TOP 6 der öffentlichen Sitzung - „Breitbandausbau in Coesfeld als Teil der Digitalstrategie“ - berichten.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Bürgermeisters
-------	---------------------------------

Herr Dr. Robers berichtet über die Brandschutzbedarfsplanung, deren Ziel es u. a. sei, die Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung durch die Bezirksregierung Münster nach § 10 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) zu schaffen. Danach bestehe grundsätzlich die Verpflichtung, 6 hauptamtliche Feuerwehrbeamte ständig vorzuhalten. Bei einem Personalfaktor von 5,0 würde das eine Personalstärke von 30 Feuerwehrbeamten zuzüglich der Leitung bedeuten. Aktuell seien 12 Beamte bei der Feuerwehr beschäftigt.

Im Mai 2018 sei der Entwurf eines neuen Erlasses für die Erteilung der o. g. Ausnahmegenehmigung veröffentlicht worden. Der Erlass sei nach Inkrafttreten in der Brandschutzbedarfsplanung zu berücksichtigen. Es werde deutlich, dass die Aufstellung des Bedarfsplan mit steigendem Aufwand verbunden sei, da er u. a. wesentlich mehr Informationen als bisher enthalten müsse.

Herr Dr. Robers führt weiter aus, dass die Schutzzieldefinition in der jeweiligen Kommune unterschiedlich ausfallen könne. So werde empfohlen, ausgehend von bestimmten Gefährdungslagen das Stadtgebiet in Beurteilungsklassen zu unterteilen. Für diese könnten dann unterschiedliche Eintreffzeiten und Funktionsstärken festgelegt werden.

Herr Dr. Robers teilt ferner mit, dass

- eine „Arbeitsgruppe zur Stärkung des Ehrenamtes und Mitgliederwerbung“ aus Vertretern der Feuerwehr und der Verwaltung die Arbeit aufgenommen habe.
- die Organisationsuntersuchung der Feuerwehr kurz vor dem Abschluss stehe. Weiterer Personalbedarf sei vorhanden.
- seit Mitte Juni zur Überbrückung eine Aushilfskraft für die Arbeiten in der Kreisschlauchpflieger mit 30 Wochenstunden befristet eingestellt worden sei.
- zur Aufarbeitung der Defizite bei der Durchführung von Brandschauen externe Dienstleister hinzugezogen werden sollen.
- der zusätzliche Feuerwehrstandort an der Borkener Straße sich bewährt habe und im Brandschutzbedarfsplan berücksichtigt werden solle. Der Mietvertrag für die provisorische Lösung in den Hallen der Fa. Bense sei daher bis zum 31.12.2021 verlängert worden, eine dauerhafte Lösung sei aber erforderlich. Entsprechende Überlegungen liefen zur Zeit

Ein vom Kreis Coesfeld für diesen Standort geliehener Pkw sei leider wieder abgerufen worden, so Herr Dr. Robers. Kurzfristig solle ein gebrauchter Mannschaftstransportwagen als Ersatz beschafft werden. Außerplanmäßig erfordere das Mittel in Höhe von rd. 25.000 €.

Abschließend berichtet Herr Dr. Robers, dass der Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes, der den neuen Vorgaben entspreche, im 2. Halbjahr 2018 vorliegen und dann in den politischen Gremien vorgestellt werde.

Herr Volmer erläutert anhand einer Präsentation das Ergebnis der Hundebestandsaufnahme 2017 / 2018. Der steuerliche Hundebestand ist nach Abschluss der Aufnahme mit 3.021 Hunden festgestellt worden, dies entspricht einer Steigerung von 6,4 % gegenüber der Zeit vor der Bestandsaufnahme. 2.537 Hunde (\cong 84 %) sind normal zu versteuern, 484 Hunde (\cong 16%) sind von der Steuer befreit oder unterliegen einem ermäßigten Steuersatz. Der Gesamtertrag der Hundesteuer beläuft sich für das Jahr 2017 auf rd. 202.000 Euro.

TOP 2	Anregung gemäß § 24 GO NRW auf Reaktivierung der Bahnstrecke Gescher - Coesfeld unter Beteiligung der Stadt und des Rates der Stadt Coesfeld Vorlage: 143/2018
-------	---

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Anregung von [REDACTED], zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 3	Anregung gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Freilauffläche für Hunde Vorlage: 148/2018
-------	--

Herr Öhmann erklärt, dass die Erfahrungen der Gemeinde Velen mit der Einrichtung einer solchen Freilauffläche eingeholt werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Anregung zur Einrichtung einer Freilauffläche für Hunde – möglichst mit Wasserstelle –, vorberatend an den Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen zu überweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 4	Zustimmung zur Leistung von über-/außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW Vorlage: 124/2018
-------	--

Herr Volmer erläutert kurz die Vorlage sowie die formale Notwendigkeit des Beschlusses.

Herr Peters erkundigt sich, ob die Sanierung der Brücke Humbergweg / Kannenbrocksbach (Beschlussvorschlag 2) vor dem Hintergrund der erforderlichen Ausschreibung noch in diesem Jahr durchgeführt werden könne.

Herr Backes antwortet, dass diese Maßnahme in der Prioritätenliste des Fachbereiches 70 „Bauen und Umwelt“ stehe. Er werde in der kommenden Ratssitzung (12.07.2018) dazu berichten.

Beschluss 1:

Es wird gemäß § 83 GO NRW i. V. m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen, der Leistung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 71.800,00 € beim Produkt 51.03 - Beratung, Hilfen zur Erziehung, Schutzmaßnahmen - zuzustimmen.

Zweck: Unterbringungskosten in der Jugendhilfe (Rückstellungsfall)

Beschluss 2:

Es wird gemäß § 83 GO NRW i. V. m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen, der Leistung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 65.000,00 € beim Produkt 70.01 - Verkehrsanlagen - zuzustimmen.

Zweck: Sanierung der Brücke Humbergweg / Kannenbrocksbach (Rückstellungsfall)

Beschluss 3:

Es wird gemäß § 83 GO NRW i. V. m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen, der Leistung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 272.200,00 € beim Produkt 70.10 - Zentrales Gebäudemanagement - zuzustimmen.

Zweck: Dachsanierung Kreuzschule (Rückstellungsfall)

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlüsse 1 bis 3	13	0	0

TOP 5	Beitritt zur KoPart eG Vorlage: 091/2018
-------	---

Herr Peters zeigt sich verwundert, dass die städtische Vergabestelle nur mit 2 Teilzeitstellen ausgestattet sei. Er sieht den Stundensatz in Höhe von 111,25 € netto für die Beratungsdienstleistung als relativ hoch an. Da die Fraktion „Pro Coesfeld“ noch Beratungsbedarf habe, werde sie sich der Stimme enthalten und in der kommenden Ratssitzung (12.07.2018) abschließend äußern.

Er fragt wie die Haftungsfrage im Verhältnis zwischen der KoPart eG und der Stadt Coesfeld geregelt sei und schlägt vor, den Beitritt zunächst auf ein Jahr zu befristen.

Herr Bürgermeister Öhmann antwortet, dass er den Stundensatz im Vergleich zu anderen Beratungsdienstleistern als moderat ansehe. Er betont, dass die städtische Vergabestelle mit guten Kräften besetzt sei und der Beitritt auf die in Zukunft zu erwartende Kompliziertheit bei Vergaben ausgerichtet sei. Er halte eine zeitliche Befristung auf Grund der genossenschaftlichen Organisationsform nicht für sinnvoll. Grundsätzlich sei ein Austritt nach X Jahren mit Auszahlung des geleisteten Geschäftsanteils in Höhe von 750 € möglich.

Herr Peters regt an, nach einem Jahr über die Kosten zu berichten.

Herr Volmer stellt klar, dass das vorhandene Personal der Vergabestelle für die Durchführung des formalen Verfahrens ausreichend sei. Durch den Beitritt sollen z. B. krankheitsbedingte Ausfälle und die dadurch ggf. entstehenden Engpässe ohne zusätzliches Personal aufgefangen werden. Es sei nicht geplant, die Aufgaben der Vergabestelle auszulagern. Die Haftungsfrage müsse noch im Detail geklärt werden, er werde dazu in der kommenden Ratssitzung berichten.

Beschluss:

Die Stadt Coesfeld tritt der KoPart eG bei und erwirbt einen Geschäftsanteil von 750 €.

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Beitritt zu vollziehen.

In der Generalversammlung der Gesellschaft wird die Stadt Coesfeld durch die Fachbereichsleitung 20 (Finanzen und Controlling) vertreten. Zu dessen Stellvertretung wird eine Mitarbeiterin / ein Mitarbeiter des Fachbereiches 20 bestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	2

TOP 6	Breitbandausbau in Coesfeld als Teil der Digitalstrategie Vorlage: 106/2018
-------	--

Herr Brebaum gibt zu Beginn eine kurze Zusammenfassung über den aktuellen Sachstand und bezieht sich dabei auf die Themengebiete

- Außenbereich
- Schulen
- Gewerbegebiete
- Innenbereich

Hinsichtlich des Berichts zum „Außenbereich“ verweist er auf die Ausführungen von Herrn Dr. Jügen Grüner, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld (wfc), und Herrn Jochen Wilms, Breitbandkoordinator bei der wfc, im späteren Verlauf der Beratungen.

Herr Brebaum erklärt, dass für die Digitalisierung der Schulen ein Betrag von 400.000 € im Haushalt veranschlagt sei. Man könne direkt das Ausschreibungsverfahren aktivieren.

Im vergangenen Jahr seien für den Bereich der Schulen Förderungen in Aussicht gestellt aber dann doch nicht umgesetzt worden. Nunmehr sei das erneute Auflegen eines Förderprogramms angekündigt, man solle sich daher die Zeit nehmen, um die Modalitäten und Bedingungen einer Förderung zu prüfen.

Für den Bereich der „Gewerbegebiete“ verweist Herr Brebaum auf die Aktivitäten der omnion GmbH, insbesondere im Industriepark Nord-West (IPNW). Darüber hinaus hätten die Stadtwerke Coesfeld / omnion die Versorgung von Gewerbegebieten mit Glasfaser kalkuliert und geplant. Zwei Optionen seien denkbar

- Vollausbau auf Basis einer Angebotsplanung
- Ausbau nach Durchführung einer Nachfragebündelung und hinreichender Quote

Im Gebiet „Innenbereich“ stelle aufgrund der förder- und telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen der eigenwirtschaftliche FTTH-Ausbau durch private Unternehmen die einzig realistische Möglichkeit dar. Er weist dabei auf die mit dem „untiefen Verlegen“ verbundenen Probleme und offenen Fragen hin.

Nach den Sommerferien seien die entsprechenden Beschlüsse zu fassen, so Herr Brebaum abschließend.

Herr Dr. Grüner und Herr Wilms erläutern sodann anhand einer Präsentation, die als Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist, den Status des Breitbandausbaus im Kreisgebiet Coesfeld und speziell in der Stadt Coesfeld. Sie beziehen ihre Ausführungen auf die vier oben benannten Themengebiete. Sie empfehlen für alle Gebiete die Erschließung mit Glasfasernetzen und betonen, dass nur diese Technik den zukünftigen Anforderungen genügen werde.

Herr Bürgermeister Öhmann berichtet im Anschluss über weitere Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung.

So würden im Hinblick auf den Innenbereich verwaltungsseitig Gespräche mit der Fa. „Deutsche Glasfaser“ geführt. Die Fa. omnion prüfe die Nachfragebündelung in den Gewerbegebieten. Verwaltungsintern werde die Anbindung der Nebenstandorte (Baubetriebshof, VHS u.a.) untersucht. Nach den Sommerferien werde über die Digitalisierung in der Verwaltung selbst berichtet.

Ferner sei ein Leader-Antrag zur Analyse des Themas „eCommerce“ gestellt worden. Ziel sei, Möglichkeiten zur Unterstützung des lokalen Einzelhandels zu identifizieren.

Zu der Masterkonzeption unter dem Titel „Gigabitgesellschaft“ werde noch der Abschlussbericht von der Beratungsgesellschaft pwc erwartet. Dieses Projekt werde durch Bundesmittel finanziert und sei über die wfc mit sieben Kommunen im Kreis Coesfeld beauftragt worden.

Auf die Frage von Herrn Schürhoff, warum in Goxel zum Thema Glasfasernetz noch nichts gemacht worden sei, verweist Herr Brebaum darauf, dass in den Bauernschaften dieses Projekt mit den Initiatoren stehe und falle. Über den landwirtschaftlichen Ortsverein seien alle Bauernschaften informiert und angesprochen worden. In Goxel habe sich noch niemand gefunden, der das Heft in die Hand nehme.

In der regen Diskussion machen sowohl Herr Nielsen als auch Herr Tranel deutlich, dass der Glasfaserausbau in allen vier Bereichen erfolgen müsse. Sie bemängeln, dass seitens der Verwaltung keine Ziele definiert worden seien und fordern, dass nach der Sommerpause Eckpunkte durch die Politik festgesetzt werden. Es müsse mehr passieren.

Frau Borgert erkundigt sich nach einem Zeitplan für die Anbindung der Schulen.

Herr Öhmann antwortet, dass dies möglichst kurzfristig geschehen solle, man aber die Bedingungen und Voraussetzungen der Förderkulisse abwarten wolle. Parallel seien die pädagogischen Konzepte in den Schulen zu erarbeiten. Mit den Firmen omnion und Telekom würden Gespräche zur Glasfaseranbindung der Schulen geführt.

Herr Dr. Robers betont die Wichtigkeit der Aus- und Fortbildung der Lehrer zur Digitalisierung der Schule / des Unterrichts sowie den Einbau dieses Thema in die Lehrpläne.

Herr Goerke spricht sich auch für den Glasfaserausbau in allen Bereiche aus und fordert die Priorität für Schulen und Gewerbegebiete. Es solle ein Zeitplan erstellt werden.

Frau Ahrendt-Prinz sieht die Notwendigkeit des Glasfasernetzes für Bildungseinrichtungen und Gewerbegebiete, spricht sich aber gegen einen „Anschluss- und Benutzungszwang“ für private Haushalte aus. Man solle wie dargestellt verfahren, d. h. das Auflegen der Förderprogramme abwarten und nach Bedarf den Ausbau sukzessive vornehmen.

Herr Peters schließt sich der Kritik der Herren Nielsen und Tranel an. Er bekräftigt, dass man in Coesfeld den Glasfaserausbau wolle, man müsse Vorsorge treffen. Er fordert, dass nach den Sommerferien seitens der Verwaltung eine Strategie vorgestellt und Beschlussvorschläge unterbreitet werden.

Herr Öhmann erklärt, die Vorlage sei bewusst als Sachstandsbericht erstellt worden und zeige auf, was umsetzbar sei. Nach den Diskussionen in den Fraktionen sei geplant, im Herbst die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Herr Brebaum ergänzt, der Tenor der Diskussion sei zu negativ. Die Vorlage mache deutlich, welche Entscheidungen zu treffen seien und was realisiert werden könne. In den Außenbereichen würden - Stand heute - 550 von 1000 Koordinaten angeschlossen, die Voraussetzungen für den Anschluss der Schulen seien gegeben, die Planungen für alle Gewerbegebiete lägen vor. Es sei viel passiert, betont auch der Bürgermeister.

TOP 7	Auflösung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Kommunen Billerbeck und Rosendahl zur Fröbelschule Vorlage: 095/2018
-------	---

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Kommunen Billerbeck und Rosendahl die in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Aufhebungsvereinbarungen zu schließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 8	Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsgrundschule der Stadt Coesfeld Vorlage: 118/2018
-------	--

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Satzung in Anlage 2 über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagschule und sonstigen schulischen Betreuungsangeboten der Stadt Coesfeld einschließlich der Beitragstabellen in Anlage 3 und Anlage 4 mit Wirkung vom 01.08.2018 zu erlassen.

Zugleich verliert die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsgrundschule der Stadt Coesfeld vom 27.04.2017 mit Ablauf des 31.07.2018 ihre Gültigkeit.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 9	Offene Ganztagsgrundschule; Weiterleitung des erhöhten Landeszuschusses an die Maßnahmeträger sowie Einführung einer sog. Ganztagsklasse als Pilotprojekt an der Lambertischule zum Schuljahr 2019/20 Vorlage: 122/2018
-------	--

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Land NRW einmalig vorgenommene Erhöhung der Landeszuschüsse um 6% statt 3% zum 01.08.2018 an die OGS-Träger AWO und Diakonie weiterzugeben. Mit den Trägern ist zu vereinbaren, dass die Finanzmittel ausschließlich in zusätzliche Fachleistungsstunden fließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 10	Ausstattung des Neubaus der Kindertageseinrichtung Familienzentrum Liebfrauen zum Kindergartenjahr 2018/19 Vorlage: 134/2018
--------	---

Beschluss:

Die Stadt Coesfeld, als Trägerin der öffentlichen Jugendhilfe, gewährt der Kirchengemeinde St. Lamberti Coesfeld für die notwendige Einrichtungsausstattung des Liebfrauenkindergartens einen Zuschuss in Höhe von 50% des Gesamtaufwandes von ca. 80.000 € abzüglich der Erhaltungspauschale von 11.703,72 €, somit ca. 34.148,14 € nach entsprechendem Verwendungsnachweis. Voraussetzung ist, dass das Bistum Münster die andere Hälfte übernimmt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden außerplanmäßig gemäß § 83 GO NRW i. V. m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2018 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	13	0	0

TOP 11 Planung Moscheegebäude des Türkisch-Islamischen Kulturvereins
Vorlage: 136/2018

Herr Hagemann lobt die sehr transparente Arbeit des Türkisch-Islamischen Kulturvereins. Es bleibe die Frage, was stehe hinter der Moschee. Es sei noch zu besprechen wie das Miteinander und die Zusammenarbeit gestaltet werden soll.

Herr Backes hebt die völlig unproblematische Zusammenarbeit mit dem Vorstand des Kulturvereins hervor. Dieser habe bekundet, dass Interessierte jederzeit herzlich willkommen seien.

Herr Goerke erklärt, dass er nicht gegen die Moschee oder den Islam sei, sondern gegen die vom DITIB entsandten Imame.

Herr Nielsen weist darauf hin, dass es bei der zu beratenden Vorlage inhaltlich um das Einvernehmen nach § 36 des Baugesetzbuches gehe. Eine andere Diskussion sei nicht sinnvoll.

Frau Borgert merkt an, der Kulturverein habe den Bauantrag gestellt aber der DITIB stehe dahinter und fragt, welche Möglichkeiten die Verwaltung habe, sollten Predigten auf türkisch gehalten werden.

Herr Öhmann verweist auf die grundgesetzliche Religionsfreiheit und den Beratungsgegenstand der Vorlage. Die Stadt habe aus städtebaulichem Interesse dem Kulturverein ein Grundstück verkauft. Der Architekt habe zusammen mit dem beteiligten Gestaltungsbeirat der Stadt Coesfeld eine vertretbare Lösung gefunden.

Beschluss:

Zu der vorliegenden Planung des Moscheegebäudes (Stand 11.06.2018) wird bei Beachtung der Empfehlungen aus dem GBR vom 11.06.2018 das Einvernehmen (§ 36 BauGB) erteilt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	1

TOP 12 Anfragen

Herr Schürhoff weist auf den teilweise schlechten Zustand der Wege und Gräber auf dem Friedhof St. Jakobi hin und bittet das Gespräch mit der Friedhofsverwaltung zu suchen.

Herr Öhmann sagt zu, den Hinweis weiterzugeben.

Frau Borgert schildert, dass anlässlich der WM-Fanmeile auf der Bernhard-von-Galen-Straße sowie der Sperrung der Kupferstraße und der Einbahnstraßenregelung auf der Süringstraße einige Geschäfte nicht mehr hätten angefahren werden können.

Herr Dr. Robers bestätigt diesen kurzfristigen Zustand, der nun aber mit der Aufhebung der Fanmeile nicht mehr auftreten könne.

Frau Ahrendt-Prinz erkundigt sich nach dem weiteren Verfahren im Hinblick auf das Bahnhofprojekt. Seit Mai lägen die Pläne des zweitplatzierten Investors vor.

Herr Backes widerspricht, die Pläne lägen noch nicht vor. Derzeit liefen Gespräche zwischen der Bahn und dem Investor. Nach deren Abschluss werde man darüber berichten können.

Herr Hagemann fragt, ob hinsichtlich des Bahnübergangs im Verlauf des Wiedauer Wegs noch Verhandlungen mit der Bahn geführt würden.

Herr Backes erklärt, dass derzeit an der Lösung gearbeitet werde. Diese sei nur mit umfangreichen Maßnahmen zu schaffen, so müsse z. B. für eine mögliche Umlaufsperrung der landwirtschaftliche Verkehr umgeleitet werden. Das erfordere in der Zusammenarbeit mit der Bahn einfach Zeit.

Heinz Öhmann
Bürgermeister

Benno Eink
Schriftführer